Bezugspreis:
Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle innerhalb Dresdens 2,50 M. (einschl. Bringung), durch die Post im Deutschen Reiche 3 M. (ausschließlich Bestellgeld) vierteljährlich.
Einzelne Nummern 10 Pf.
Mit Zurücksendung der für die Schriftleitung bestimmten, aber von dieser nicht eingeforderten Beiträge beansprucht, so ist das Postgeld beizufügen.

Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Erscheinen: Werktags nachm. 5 Uhr.

Ankündigungsgebühren:
Die Zeile kleiner Schrift der 7mal gespaltenen Ankündigungs-Seite oder deren Raum 20 Pf. Bei Tabellen- und Ziffernsatz 5 Pf. Aufschlag für die Zeile. Unterm Redaktionsstrich (Eingesandt) die Textzeile mittler Schrift oder deren Raum 50 Pf.
Gebühren-Ermäßigung bei öfterer Wiederholung.
Annahme der Anzeigen bis mittags 12 Uhr für die nachmittags erscheinende Nummer.

№ 54. Freitag, den 7. März nachmittags. 1902.

Amtlicher Teil.

Dresden, 7. März. Se. Königl. Hoheit der Prinz und Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich August, Herzog und Herzogin zu Sachsen, sind heute vorm. 7 Uhr 58 Min. nach Wiesbaden gereist.

Dresden, 4. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Turnlehrer an der III. Bürgerschule in Leipzig August Erbes das Albrechtskreuz zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Straßenwärter Trommler in Waldkirchen bei Lengenfeld das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Auf Ansuchen ist genehmigt worden, daß das im Verzeichnisse der Rittergüter im Königreiche Sachsen (Seite 433 des Gesetz- und Verordnungsblattes von 1832) aufgeführte, jetzt zum Gemeindeverbande Gundorf mit Neuscherbitz gehörige Rittergut Neuscherbitz künftig den Namen

„Rittergut Gundorf"

führt.

Dresden, den 28. Februar 1902.

Ministerium des Innern.

1977 **v. Metzsch.**

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentl. Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen. Bei der Verwaltung der Staatseisenbahnen sind ernannt worden: Lyse und Sperber, zeither Technische Bauassistenten, als Technische Betriebssekretäre in Dresden; Hartmann, zeither Bahnmeisterassistent, als Bahnmeister in Meuselwitz; Dämmig, zeither Weichenwärter II. Kl., als Schirrmeister in Pirna; Kretzschmar, zeither Packer, als Stationsschreiber (Verwalter der Haltestelle) in Frauendorf; Käfer, zeither Weichenwärter II. Kl., als Weichenwärter I. Kl. in Zwickau; die nachgenannten Hilfsweichenwärter als Weichenwärter II. Kl.: Bibrach in Dresden-A., Christoph in Chemnitz, Kunze in Pirna, Prühl in Göhnitz, Schneider in Zwickau und Schulte in Leipzig; Klug, zeither Güterschreiber, als Packer in Johanngeorgenstadt; Kunze, Schneider und Weber, zeither Stellvertreter, und Rösch, zeither Vorarbeiter, als Lehrwärter für Posten Dresden—Werdau 38 II, Zwickau—Chemnitz 10, Dresden—Werdau 49 II und Wolkenstein—Jöhstadt 3.

(Behördl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Die Beseitigung des Reichsdefizits.

Die Budgetkommission hat ihre Beratungen über den Reichshaushaltsetat für 1902 abgeschlossen; auch im Plenum des Reichstages wird bis Ende nächster Woche der Abschluß der Etatsberatungen erwartet werden dürfen. Es sind bereits in der zweiten Plenarberatung einzelne Abstriche an verschiedenen Etatstiteln erfolgt, wie sie in solchem Umfange bisher nicht üblich waren. Bei der erhöhten Sparsamkeit, die gerade bei der Aufstellung des vorliegenden Budgets gewaltet hat, ist von vornherein nicht anzunehmen, daß die erwähnten Abstriche gleichbedeutend sein können mit endgiltigen Ersparnissen. Es handelt sich vielmehr im großen und ganzen nur um augenblickliche Verminderung solcher Ausgabeziffern, die vorläufig aufgeschoben werden können, um desto bestimmter in den Etats der nächsten Jahre wiederzukehren. Für den Gedanken, durch ergiebige Abstriche die Summe des Ausgabebedarfs für das Reich zu verringern, war das Bestreben der Mehrheit der Budgetkommission maßgebend, den großen Fehlbetrag abzumindern oder womöglich ganz aus der Welt zu schaffen. Man wird nicht gerade behaupten können, daß dieses Ergebnis wirklich erzielt worden sei. Wohl ist es gelungen, den im Etat auf 182 Mill. Mark angegebenen Anleihebedarf auf 112 Mill. Mark dadurch herabzudrücken, daß man an den Ausgaben im Gesamtbetrage von 2343 Mill. M. mechanische Abstriche vollführt und den Restbetrag der China-Anleihe aus dem vorigen Jahre im Betrage von 33 Mill. M. zur Verwendung gebracht hat; allein dadurch ist der Fehlbetrag nur scheinbar verringert, sozusagen nur verschleiert worden; denn die Ausgaben, wenngleich abgestrichen, kehren wieder, und der Restbetrag der China-Anleihe fehlt an einem andern Ende. Nun hat aber die Budgetkommission in ihrer letzten Sitzung noch beschlossen, die zu Gunsten der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen vorgeschlagene Zuschußanleihe zu streichen. Formell herabgemindert war sie ja bereits durch die erwähnten rechnerischen Manipulationen der Kommissionsmehrheit; es blieben also noch 12½ Mill. M. übrig, die anderweitig zu „decken" waren. Was war für die Kommissionsmehrheit, die nichts mehr zu streichen fand, einfacher, als die Matrikularbeiträge zu erhöhen? In der That ist dieser Beschluß gefaßt worden. Damit soll den an sich schon aus den Reichsbedürfnissen schwer belasteten Einzelstaaten eine neue Last aufgebürdet werden. Es wird jedoch zu hoffen sein, daß das Plenum diesen Beschluß noch umstößt, denn namentlich den kleinen Bundesstaaten ist es unmöglich, an Matrikularbeiträgen noch mehr zu leisten, als schon ohnedies vorgesehen ist. Wenn die aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrum bestehende Kommissionsmehrheit glauben sollte, durch ihre fragwürdige Beseitigung des Defizits den Gedanken an eine Reichsfinanzreform zum Schweigen zu bringen, so würde sie sich täuschen. Die infolge des Hineinspielens der Reichsfinanzwirtschaft in das Finanzwesen der Einzelstaaten hervorgerufene üble finanzielle Lage derselben wird mit zwingender Notwendigkeit zu einer endgiltigen Reform, zur Eröffnung weiterer Einnahmequellen für das Reich führen müssen. Verzögert wird diese unerläßliche Reform auch durch die rechnerischen Manipulationen der Budgetkommission nicht; möglicherweise wird sie dadurch sogar beschleunigt. Denn die gestrichenen Ausgaben werden, wie gesagt, mit den naturgemäß wachsenden Etatziffern der nächsten Jahre wiederkehren, und die Erhöhungen der Voranschläge aus den Zolleinnahmen um 12 Mill. M. werden sich beim Rechnungsabschlusse im kommenden Jahre als illusorisch erweisen. Dann aber wird sich mit doppelter Schärfe die Notwendigkeit einer reinlichen Scheidung der Reichs- von den Staatsfinanzen geltend machen.

Zur Brüsseler Zuckerkonvention

wird der „Nordd. Allg. Ztg." von sachkundiger Seite geschrieben: Die Verhandlungen der Brüsseler Zuckerkonferenz haben nunmehr durch die am 5. März erfolgte Unterzeichnung einer Konvention zu einem Ergebnisse geführt, das wie folgt zusammenzufassen ist:

Beteiligt am Vertrage sind einerseits das Hauptverbrauchsland für Zucker: Großbritannien, anderseits die Zuckerexportländer: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien und die Niederlande. Ferner haben sich Italien, Spanien und Schweden, die Zucker zwar erzeugen, aber nicht ausführen, der Konvention mit gewissen Vorbehalten angeschlossen. Rußland ist fern geblieben, es ist ihm aber, wie auch den anderen Ländern der nachträgliche Beitritt offen gehalten worden.

Die genannten Zuckerexportländer verpflichten sich, alle direkten oder indirekten Prämien auf die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Es werden also auch in Frankreich, das im Laufe der Verhandlungen Anspruch auf Beibehaltung eines Teils seiner indirekten Prämie erhoben hatte, die Prämien nunmehr vollständig beseitigt. Für diese Länder wird ferner der sogenannte Ueberzoll, das heißt der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt, der bei Raffinade und ähnlichem Zucker 6 Fr. und bei rohem Zucker 5½ Fr. für 100 kg nicht überschreiten darf. Der Zweck dieser Bestimmung ist, für die Zukunft es unmöglich zu machen, daß unter hohem Zollschutz die Zuckerindustrie eines Landes mit Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch übermäßige Vorteile zieht, die den Prämien gleichkommen.

Auf Italien, Spanien und Schweden finden die vorstehenden Bestimmungen so lange keine Anwendung, als diese Länder Zucker nicht ausführen.

Großbritannien übernimmt gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewähren wird. Die kleine Prämie, die den englischen Raffinerien aus der besonderen Gestaltung des seit dem April 1901 bestehenden englischen Zuckerzolls zugefallen ist, wird also beseitigt werden.

Ferner hat Großbritannien das wichtige Versprechen abgegeben, während der Dauer des Vertrags den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln.

Die britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen fallen nicht ohne weiteres unter den Vertrag, es ist ihnen vielmehr nur der Beitritt offen gehalten worden. Indessen hat Großbritannien die Verpflichtung übernommen, daß dem Zucker seiner Kronkolonien keinerlei Prämien gewährt werden dürfen. In Britisch-Ostindien werden mit dem Inkrafttreten des Vertrags die dort bestehenden Prämien-Ausgleichszölle gegenüber den Vertragsstaaten wegfallen.

Die niederländischen Kolonien sollen gleichfalls nicht unter den Vertrag. Aber auch ihrem Zucker dürfen keine Prämien gewährt werden und er darf bei der Einfuhr in den Niederlanden nicht günstiger als der Zucker der Vertragsländer behandelt werden.

Zucker aus Ländern, die den Vertragsbedingungen sich nicht unterwerfen, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungsland genießt, oder der Vorteile, die sich aus einem dort bestehenden zu hohen Ueberzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden.

Als Termin für das Inkrafttreten des Vertrages, der auf fünf Jahre fest abgeschlossen wird, für die spätere Zeit aber von Jahr zu Jahr kündbar sein soll, ist der 1. September 1903 festgesetzt. Bleibt die Ratifikation seitens Italiens, Spaniens oder Schwedens aus, so soll dies auf das Zustandekommen des Vertrags unter den übrigen Staaten keinen Einfluß üben.

Die internationalen Verhandlungen über die Abschaffung der Zuckerprämien führen sich bis auf die sechziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts zurück. Ein Erfolg des neuen Jahrhunderts ist es, daß im seinem Anfang die bisher vergeblichen Bemühungen voraussichtlich einen erfolgreichen Abschluß finden werden.

Die Zuckerprämien haben sich in den europäischen Staaten vielfach, so auch in Deutschland, zunächst gegen oder ohne den Willen des Gesetzgebers entwickelt. Später sind sie bewußt aufrechterhalten oder auch neu eingeführt worden, um der einheimischen Rübenzuckerindustrie den Wettbewerb mit den Rübenzuckerindustrien der andern europäischen Staaten zu erleichtern. Die von den Prämienfreunden jetzt vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Prämien den Zweck hätten, dem Rübenzucker den Wettbewerb mit dem Rohrzucker zu ermöglichen, ist historisch nicht richtig; es lag zu einer Begünstigung der Rübenzuckerindustrie gegenüber der Rohrzuckerindustrie auch gar kein Anlaß vor, da die erstere sich stets als die leistungsfähigere erwiesen hat. Richtig ist nur, daß die Rohrzuckerindustrie unter den Prämien des Rübenzuckers gelitten hat, eine Thatsache, die erklärt, warum Großbritannien jetzt einen andern Standpunkt als früher einnimmt und anstatt, wie früher, die Verbilligung des Zuckers durch die Prämien im Interesse der britischen Zuckerverbraucher freudig zu begrüßen, nunmehr die Beseitigung der Prämien erstrebt.

Fast allgemein ist die Auffassung gewesen, daß die Prämien keine dauernde Einrichtung sein, sondern nur als Abwehrmittel gegenüber den Prämien andrer Länder dienen sollten. Dies gilt insbesondere von Deutschland. Das Zuckersteuergesetz von 1896 sieht die Möglichkeit der Beseitigung der deutschen Prämien ausdrücklich für den Fall vor, daß andre Länder ihre Prämien abschaffen. Bei Beratung dieses Gesetzes hat der Reichstag eine Erklärung auf künftige Wiederaufhebung der Prämien gefaßt.

Zur Amerika-Reise des Prinzen Heinrich von Preußen.

Ueber den Aufenthalt des Prinzen Heinrich in den Vereinigten Staaten von Amerika liegen die nachstehenden weiteren Meldungen vor:

Der Zug mit dem Prinzen Heinrich ist gestern früh ½7 Uhr in Springfield (Massachusetts) eingetroffen. Da der Prinz ermüdet war, ließ er die Willkommengrüße der Deutsch-Amerikaner unbeantwortet. Ein Nelkenbouquet wurde dem hohen Reisenden in den Wagen hineingereicht. Nach kurzem Aufenthalte setzte der Eisenbahnzug die Reise fort und passierte ¼9 Uhr vormittags den Bahnhof von Worcester.

Gestern vormittag 9 Uhr 35 Min. kam Prinz Heinrich in Boston an. Vom Bahnhofe, wo eine kurze Begrüßung durch den Bürgermeister stattgefunden hatte, begab sich Prinz Heinrich nach dem Somerset-Hotel. Der Prinz fuhr mit Admiral Coans in einem vierspännigen Wagen, eskortiert von Kavallerie; jeder Wagen des Gefolges hatte vier Vorreiter. Im Somerset-Hotel wurde der Prinz von dem Gouverneur, dem Präsidenten der Harvard-Universität Eliot und anderen Würdenträgern empfangen. Hierauf folgte eine Fahrt durch die Stadt, in deren Verlaufe Prinz Heinrich dem Gouverneur und dem Bürgermeister Besuche abstattete und dann das Shaw-Denkmal und die Oeffentliche Bibliothek besichtigte. Die Stadt war herrlich geschmückt, besonders waren deutsche Fahnen in großer Anzahl zu sehen; es war gestern ein sonniger Wintertag. Se. Königl. Hoheit besuchte das Staatsabgeordnetenhaus, in dem gerade eine Sitzung stattfand, und wurde mit Beifall begrüßt. In der Oeffentlichen Bibliothek begrüßten den Prinzen 35 deutsche Kriegsveteranen, deren jedem er die Hand reichte.

Um ½2 Uhr nachmittags traf Prinz Heinrich in der Memorial-Hall in Cambridge ein. Bald darauf fand der feierliche Akt statt, bei dem der Prinz unter dem brausenden Jubel der Studenten zum Doktor der Rechte ernannt wurde. Der Präsident der Harvard-Universität Eliot hielt dabei eine Rede, in der er darauf hinwies, daß es das erste Mal sei, daß die Universität eine außerordentliche Sitzung einem fremden Prinzen zu Ehren abhalte. Für dieses einzige Vorkommnis seien gewichtige Gründe vorhanden. Viele Einrichtungen, die aus England nach Neu-England gekommen seien, seien deutschen Ursprungs. Die Universität sei eine puritanische Gründung, daher werde auf ihr das Gedächtnis der Reformatoren gepflegt, die von deutschen Fürsten unterstützt worden seien. Als fernere Gründe nannte der Redner die deutsche Einwanderung, die die größte und gebildetste sei, die Dankverpflichtung für Gaben der deutschen technischen Schulen und Universitäten, Deutschlands außerordentliche Beiträge seit Mitte des 19. Jahrhunderts zur reinen und angewandten Wissenschaft und die hohe Sympathie und Bewunderung für das neu

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Opernhaus. — Am 6. d. Mts.: „Violetta" (La Traviata). Oper in vier Akten von F. M. Piave. Musik von Joseph Verdi.

Augenscheinlich von dem Gedanken geleitet, zunächst die vorhandenen einheimischen Kräfte auf ihre Verwendbarkeit und Entwickelungsfähigkeit zu erproben, bevor man zu neuen Gastspielen auswärtiger verschreitet, ließ die Leitung des Königl. Instituts sich jetzt Hrn. Höpfl in der Rolle des Georg Germont versuchen. Es ist keine leichte Aufgabe, der sich hier ein Sänger, der nicht gewöhnt ist, im „vollen Sonnenlichte" erster Partien sich zu bewegen, gegenübergestellt sieht. Das, was man mit würdiger Repräsentation bezeichnet, ist just an sich nicht das Leichteste, was es auf der Bühne giebt. Hier aber gesellt sich dieser noch mancherlei hinzu: der Ausdruck der Sorge um das Schicksal des Sohnes, die Kundgebung einer nicht zu unterdrückenden Sympathie für die Heldin des Stücks, des Mitleids mit ihr ꝛc., was die Aufgabe erschwert. Es wäre also auch unbillig, zu verlangen, daß hier ein erster Versuch zu einem völlig befriedigenden Ergebnis führen solle, und Hr. Höpfl wird also im voraus auf eine mildere Beurteilung seiner darstellerischen Leistung Anspruch erheben können. Man wird zunächst anzuerkennen haben, daß er es ganz richtig als die Grundlage der Repräsentation erfaßte, sich eine gewisse Zurückhaltung in Haltung und Bewegungen auferlegen zu müssen. Nur ging der Künstler hierin zu weit. Er wurde steif, wo er förmlich oder streng sein sollte, er verharrte in Teilnahmlosigkeit, wo ihn die Vorgänge ans Herz greifen sollten, wie in dem berühmten „Weine, weine" in seiner großen Scene mit Violetta. Aber hier kann und wird sich manches bei wiederholtem Auftreten in der Rolle bessern, wenn anders es nur dem Künstler gelingt, ein Sichhineinleben in Geist und Charakter der darzustellenden Persönlichkeit zu erreichen. Vorerst hielt ihn allerdings wohl auch noch die Sorge um eine tonschöne Wiedergabe des gesanglichen Teils im Bann. Und mit ihr möchte man nicht gern rechten, wenn man einmal den Standpunkt vertritt, daß im musikalischen Drama der Ton es sein soll, dessen seelische Schwingungen die geistige Brücke zwischen Bühne und Zuschauerraum zu schlagen bestimmt sind. Hrn. Höpfl gelang das letztere, was ihm zur besonderen Anerkennung gereicht, bereits einigemale, vor allem in der Scene mit Alfred. Könnte er sich entschließen, seine Tongebung im allgemeinen freier ausgebend zu gestalten, deutlicher gesprochen, den Mund mehr zu öffnen, so würde seine Stimme zweifellos an Glanz und Fülle beträchtlich gewinnen. Außer der Rolle des alten Germont war noch neubesetzt diejenige der Flora, und zwar mit Frl. Abendroth. Die junge Künstlerin debütierte mit ihr recht erfolgreich als eine werdende Koloratursängerin. Die gegenwärtig noch nicht große, aber allem Anscheine nach entwicklungsfähige Stimme ist bis auf einen etwas scharfen Ansatz bereits trefflich durchgebildet, und so konnte Frl. Abendroth mit dem Gesangswalzer aus Gounods „Mireille" bereits recht ansehnlich bestehen. Den Löwenanteil an dem Erfolg des Abends trug aber selbstverständlich Frau Abendroth davon. Die Künstlerin, die im Gegenspiel diesmal — denn auch Hr. Gießen ist darstellerisch keine Größe — recht schwach unterstützt wurde, verstand es, sowohl durch ihre reife gesangliche Kunst wie ihr treffliches, die Rolle durchaus im rechten Sinne erfassendes, nicht auf das pathologisch korrekte Hinsterben einer Schwindsüchtigen zielendes Spiel, in Wahrheit ein Bild von jener Violetta zu geben, die Verdi vorschwebte, und die zum Heil für diesen Meister und sein Werk recht wenig mit der Heldin des Dumasschen Stückes gemein hat. In eine „magische Wolke melodischer Töne" gehüllt, erscheint diese Gestalt, wie der Verdi-Biograph Gino Monaldi ganz treffend bemerkt, vom Komponisten auserkoren, einmal seinem lyrischen Empfinden vollen Ausdruck zu geben. Nimmt man die Oper so als für sich bestehendes Kunstwerk, so wird man es auch empfinden, daß sie Perlen edelster Musik enthält, daß das Vorspiel zum vierten Akt, die Sterbescene, aber auch Stellen in den Scenen der Violetta mit Alfreds Vater und mit diesem selber (so „Sag dem Mädchen schön und rein" und „Du liebst mich, nicht wahr, du liebst mich!") Eingebungen einer genialen schöpferischen Kraft sind. Man wird es unter solchen Umständen denn auch nicht nur bedauern müssen, sondern auch schwer begreiflich finden, daß die Oper so wenig Zugkraft entwickelt. Das Haus war nur schwach besetzt. — Die musikalische Leitung führte mit vortrefflichem Gelingen Hr. Dr. Kabl. D. S.

Das Mammut in der Vergangenheit Sibiriens.

Eine wissenschaftliche Frage, auf die in der jüngsten Zeit infolge der Expedition des Blasewitzers Otto Herz, Konservators des St. Petersburger Zoologischen Museums, zur Bergung eines in Nordostsibirien im Eise aufgefundenen Mammutkadavers vielfach hingewiesen worden ist, erörtert eine Abhandlung des zur Zeit in St. Petersburg aufhältlichen Gelehrten Dr. Richard Pohle, betitelt „Das Mammut in der Vergangenheit Sibiriens", die Hr. Oberst a. D. Rosenmüller am 28. des vergangenen Monats im Dresdner Verein für Erdkunde vortrug. Es handelt sich bei dieser Frage darum, zu entscheiden, ob die Mammuts, deren Leichen im Eise Nordsibiriens aufgefunden werden, dort, wo ihre Reste liegen, auch gelebt haben, oder ob sie durch mächtige Fluten aus dem Süden Sibiriens nach ihren jetzigen Lagerstätten getragen worden sind. Auf Grund des Studiums der sehr umfänglichen Litteratur über diesen Gegenstand weist Dr. Pohle in seiner Abhandlung nach, daß die Geologen, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die Lagerstätten ausgestorbener diluvialer Säugetiere untersuchten, durch die Ergebnisse dieser Untersuchungen in Verknüpfung mit dem, was durch eingehendes Studium des Glacialphänomens der jüngstvergangenen Erdperiode wissenschaftlich festgestellt worden ist, jene Frage bereits zu Gunsten der ersteren Annahme entschieden haben. Aus den Berichten, die Herz bisher über seine Expedition gegeben hat, geht mit Sicherheit hervor, daß der neueste und zugleich vollständigste Fund die bisher mühselig gewonnenen grundlegenden Anschauungen in der Mammutfrage mit einem Schlage aufs glänzendste bestätigt.

Das Mammut (Elephas primigenius), dieser vorweltliche Elefant, hat sich in dem Eisboden Sibiriens, der ungefähr bis zu einer Tiefe von 100 m hinabreicht und im Sommer an der Oberfläche im Mittel 1 bis 1½ m tief auftaut, Jahrtausende hindurch so frisch erhalten, daß das Fleisch noch blutet, wenn ein Kadaver bloßgelegt wird, dann aber, wie es bei gefrorenem Fleisch stets der Fall ist, rasch in Fäulnis übergeht. Weithin verpestet dann der Verwesungsgeruch die Luft und lockt Eisbären, Wölfe, Füchse und Vielfraße herbei, die sich am reichen Mahle erfreuen. Das Mammut lebte in der Postpliocänzeit oder Diluvialperiode, gewöhnlich Eiszeit genannt, in Mittel- und Nordeuropa, Sibirien und Nordwestamerika; es weidete damals zusammen mit dem Renntier am Fuße der Gletscher ebenso in der Gegend, wo heute Zürich steht, wie auf den Neusibirischen Inseln und in Alaska. Von seinem nahen Verwandten, dem indischen Elefanten, unterscheidet es sich durch bedeutendere Größenverhältnisse, durch stärkere Behaarung, die aus einem 5—10 cm langen Wollhaar, fußlangen und längeren Borsten und einer langen Mähne an den Schultern bestand, sowie durch starkgeschwungene Stoß-

SLUB
Wir führen Wissen.